

Hecken dürfen in die Höhe wachsen

Grüne und Bürgerliche ebnen den Weg zu einem Kompromiss im Kantonsrat über Bauvorschriften am Seeufer

STEFAN HOTZ

Um das Zürichseeufer wird seit Jahrzehnten gestritten. Um den Fussweg, der für die einen wirklich und überall dem Wasser entlangführen soll. Was besonders die Grundbesitzer am Ufer unbedingt verhindern wollen. Andererseits gibt es die Forderung nach freiem Durchblick für alle auf den See, was in Konflikt mit Bauvorhaben geraten kann.

Über das Bauen am See kam es im letzten Herbst zu einem politischen Showdown, dem im Zürcher Kantonsparlament ein heftiger Schlagabtausch folgte. Doch nun, bevor das Thema am nächsten Montag erneut traktandiert ist, zeichnet sich unerwartet eine Lösung ab. Um sie einzuordnen, muss man ausholen, eigentlich bis ins 19. Jahrhundert. Damals begannen die Aufschüttungen am See, die dazu führten, dass heute etwa 95 Prozent des Zürcher Ufers künstlich sind. Bei diesem sogenannten Konzessionsland redet der Kanton mit und muss für Bauvorhaben neben der Gemeinde auch die Bewilligung erteilen.

Der einstige Baudirektor Hans Hofmann (svp.) versuchte mit Richtlinien den Wirrwarr an unterschiedlichen Vorschriften um den Zürichsee zu beheben. Doch aufgrund von zwei Urteilen des Bundesgerichts musste der Kanton eine Regelung in seinem Planungs- und Baugesetz treffen. Das geschah mit einem neuen Artikel noch unter dem Baudirektor Markus Kägi (svp.). Die zuständige Kommission des Kantonsrats schloss ihre Beratungen noch vor den Wahlen 2019 ab.

Klima-Allianz spielt auch am See

Die Wahlen haben die Mehrheitsverhältnisse im Parlament dann aber verändert, und der Baudirektor ist seither der Grüne Martin Neukom. Das Geschäft dümpelte mehr als ein Jahr auf der Traktandenliste vor sich hin. Es kam, was fast zu erwarten war: Kurz bevor es in den Rat kam, schlug das Kommissionsmitglied Jonas Erni (sp., Wädenswil) zusammen mit Thomas Forrer (gp., Erlenbach) Änderungen vor.

Sie ergänzten die Bestimmung um die ökologische Gestaltung des Seeufers und, wen wundert's, um den Seeuferweg. Dessen Planung ist allerdings im Strassengesetz geregelt, seine Erwähnung hier eher symbolischer Natur. Ergänzende Festlegungen zum Bauen fordern nun eine «besondere Rücksicht auf die bauliche und landschaftliche Umgebung», «ausreichende Begrünung» und eine «standortgerechte Bepflanzung». Für eine genügende Sicht auf den See sollten Mauern und Einfriedungen höchstens



Diese angeblich zu hohe Hecke an der Seestrasse in Stäfa hat schon 2013 für rote Köpfe gesorgt.

ANNICK RAMP/NZZ

tens 1,4 Meter hoch sein. Eine höhere Hecke in Stäfa hatte schon vor acht Jahren zu einem Rechtsstreit geführt.

Dank der sogenannten Klima-Allianz kam der angepasste Artikel durch die Kommission und den Rat. Die bürgerliche Seite war über die Ergänzungen und das Vorgehen erobert. Der Baudirektor umgehe den ordentlichen Weg und fouthiere sich um eine erneute Vernehmlassung, kritisierte Domenik Ledergerber (svp., Herrliberg) Ende November im Rat. Diese Gesetzgebung sei liederlich, unsauber und undemokratisch, ärgerte sich Hans-Peter Brunner (fdp., Horgen).

Unzufrieden waren auch die Gemeinden, die um ihren Spielraum fürchten. Vor der Schlussabstimmung, die am nächsten Montag erfolgen soll, fanden um den See Sondierungen über ein Gemeindereferendum statt. Noch vor einer Woche verschickten die Präsidenten der Planungsgruppen Pfannenstil und Zimmerberg einen Brief an die Mitglieder der kantonsrätlichen Planungskommission und baten darum, Widersprüchlichkeiten zu bereinigen.

Dennoch fand sich am Montag am Rand der Parlamentsdebatte ein Kompromiss. Das geht aus einem Änderungsantrag von SVP, FDP, CVP, Grünen und

EVP hervor, die über eine Mehrheit verfügen. Demnach wird die Beschränkung von Mauern und Hecken auf 1,4 Meter fallengelassen. Eine «genügende Sicht auf den See» sei zwar zu sichern, aber nicht mehr «dauernd».

Domenik Ledergerber, auch Präsident des Vereins Fair («Für eine Aufwertung des Zürichseeufers im Recht»), spricht von einer «schmerzhaften Einigung» für die bürgerliche Seite. Aber es handle sich um einen sehr langen Konflikt, und die Kommunen warteten auf einheitliche Regeln. Statt ein Referendum zu ergreifen, sei jetzt einmal ein Schlusspunkt zu setzen. Die Ergänzungen, so Ledergerber, seien nicht einfach umzusetzen. Immerhin bleibe den Gemeinden ein gewisser Spielraum. Der Kompromiss sei nicht leichtgefallen, sagt auch Hans-Peter Brunner, der die Sache auch als Horgener Gemeinderat beurteilt. Die Kommunen müssten gewisse Einschränkungen ihrer Autonomie hinnehmen. Die Lage sei schwierig gewesen, sagt Brunner, denn mit der heutigen Konstellation im Kantonsrat müsse man eher noch Schlimmeres befürchten.

Etwas überraschend war es der grüne Fraktionschef Thomas Forrer (Erlenbach), der Hand bot. Er hat auf bürger-

licher Seite nicht den Ruf, kompromissbereit zu sein. Die Gemeindeautonomie bleibe gewahrt, sagt er auf Anfrage. Zentral seien im sensiblen Uferbereich Bestimmungen über Grösse und Anordnung der Bauten. «Aber wir wollen nicht mit der Heckenschere um den Zürichsee fahren», meint er mit Blick auf die gestrichene Bestimmung.

SP ins Abseits gelaufen

Neben der GLP trägt die SP den Kompromiss nicht mit. «Die Grünen haben das Lager gewechselt, und das ist schade», stellt Jonas Erni ermüdet und enttäuscht fest. Er fordere ja nicht freie Sicht auf das Mittelmeer, meint er mit Bezug auf eine Losung der 1980er Bewegung und die Frage der Mauern und Hecken. Aber an manchen Orten merke man gar nicht mehr, dass man sich am Zürichsee befinde. Erni ist überzeugt, dass sein Vorschlag ein bürgerliches Referendum überstanden hätte. Wegen der Hecken werde die SP es nun ihrerseits aber nicht ergreifen. Immerhin habe er mit der ökologischen Gestaltung und der Erwähnung des Seeuferwegs zwei von drei Forderungen durchgebracht.